

Generationen-Erklärung

AG 60plus und Jusos in der NRWSPD

Jung und alt - Solidarisch in die Zukunft

Wir sind auf dem Weg zu einer Gesellschaft des langen Lebens. Niemals zuvor haben so viele Generationen gemeinsam zur gleichen Zeit gelebt. Nie zuvor existierten daher solche Möglichkeiten zu einem Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen den Generationen. Von diesem Miteinander von Jungen und Älteren werden wir alle profitieren.

Der demographische Wandel wird umfangreiche Auswirkungen auf unsere Wirtschaft und Gesellschaft haben. Wir in NRW verstehen die Veränderungen jedoch nicht als Gefahr, sondern als große Chancen und als einen politischen Gestaltungsauftrag an uns. Der demographische Wandel ist kein Schicksal, in das wir uns zu fügen haben. Es liegt an uns, wie wir den Herausforderungen begegnen. Zukunftschancen erkennt man nicht, man schafft sie.

Generationengerecht ist, was Zukunftschancen schafft

Bildung ist eine wesentliche soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Bildung entscheidet dabei nicht nur über die individuellen Chancen, sich an der Gesellschaft zu beteiligen, sondern auch über die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung insgesamt. Generationengerechte Politik bedeutet daher für uns, heute jungen Menschen die notwendigen Grundlagen und das Rüstzeug zur Bewältigung kommender Herausforderungen zu vermitteln. Über Zukunftschancen wird nicht in der Zukunft entschieden, sondern in der Gegenwart. Eine Gesellschaft, in der immer weniger aktiv im Erwerbsleben stehen werden, muss innovativer werden. Grundlage für eine innovative Gesellschaft sind gut ausgebildete Menschen. Dabei müssen wir allen den Zugang zu Bildungschancen ermöglichen, kein Talent darf unentdeckt bleiben.

Jedes Talent zu entdecken bedeutet, Kinder noch früher zu fördern. Gerade in jungen Jahren können wir durch gezielte Förderung individuelle Nachteile auffangen. Erfolgreicher Beginn und Verlauf der Bildungslaufbahn junger Menschen dürfen nicht davon abhängen, welche Voraussetzungen ihnen ihre Eltern bieten können. Die Gebührensituation für den Kindergarten als Bildungsinstitution wird daher niemand langfristig begründen können. Die soziale Herkunft der Kinder darf nicht ihre Zukunft bestimmen. Darum haben wir in den vergangenen Jahren mit der Einrichtung der offenen Ganztagsgrundschule enorme Anstrengungen unternommen, um Kinder im Nachmittagsbereich mit sportlichen und musikalischen Angeboten zu fördern, die ihnen durch ihr Elternhaus nicht immer ermöglicht werden können. Dort haben wir viel erreicht, aber es reicht natürlich noch nicht aus. Wir werden in den nächsten Jahren die Betreuungskette schließen, um den Kindern und ihren Eltern ein kontinuierliches Angebot an Förderung und Betreuung machen zu können.

Auch die konsequente Bekämpfung von Kinderarmut ist ein wichtiger Bestandteil unserer Anstrengungen, um zu vermeiden, dass familiäre Voraussetzungen den weiteren Bildungserfolg erschweren oder verhindern. Darum wollen wir gerade in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf die Kindergärten zu Familienzentren ausbauen. Dem Kindergarten kommt eine entscheidende Rolle zu, um Kindern zu helfen, ohne Defizite in ihre Schullaufbahn zu starten. Dazu gehört vor allem die Beherrschung der deutschen Sprache als elementare Voraussetzung für den weiteren schulischen Erfolg, insbesondere für Kinder aus Migrantenfamilien.

Kinder fördern, Zukunft sichern bedeutet für uns, dass wir Hürden in unserem Schulsystem abbauen. Unser Bildungssystem muss chancengleich werden, und jedem jungen Menschen sozialen Aufstieg möglich machen. Wir setzen daher auf stärkere individuelle Förderung, statt auf Abschulung und Sitzenbleiben. Daher wollen wir die Zahl der Sitzenbleiber mit Hilfe stärkerer Förderung in den nächsten Jahren deutlich senken.

Der demographische Wandel wird dazu führen, dass wir noch in diesem Jahrzehnt mit einem Mangel an qualifizierten Facharbeiterinnen und Facharbeitern konfrontiert werden. Auch daher ist es unverantwortlich, dass sich Unternehmen aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung im Rahmen der dualen Ausbildung zurückziehen. Damit werden nicht nur Zukunftschancen junger Menschen, sondern auch Entwicklungschancen unserer Wirtschaft verbaut. Mit dem Ausbildungskonsens haben wir der Wirtschaft das Angebot gemacht, auf freiwilliger Basis diesen unakzeptablen Zustand zu ändern. Die bisherigen Ergebnisse können uns noch nicht zufrieden stellen. Die Wirtschaft muss - auch in ihrem eigenen Interesse - ihrer Verantwortung endlich nachkommen, ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen sicherzustellen. Ansonsten müssen wir gesetzlich aktiv werden.

Zukünftig brauchen wir mehr qualifizierte Akademikerinnen und Akademiker, nicht weniger. Das bedeutet, dass wir mehr jungen Menschen ein Studium ermöglichen müssen. Studiengebühren würden aber gerade Kinder aus bildungsfernen und sozial schwachen Schichten von der Aufnahme eines Studiums abhalten. Wir wollen weder, dass sie auf ein Studium verzichten noch, dass sie hoch verschuldet in das Erwerbsleben starten. Daher werden wir auch weiterhin keine Studiengebühren auf das Erststudium erheben.

Generationengerecht ist, was individuelle Lebensentwürfe ermöglicht

Die demographischen Veränderungen in unserer Gesellschaft sind nicht einfach überraschend über uns gekommen. Die zentralen Entwicklungen, sinkende Geburtenraten und steigende Lebenserwartung, sind seit Jahrzehnten zu beobachten. Wir wissen daher für die nächsten Jahrzehnte schon ziemlich genau, wie viele Menschen bei uns, in welchen Altersgruppen und wo in NRW sie leben werden.

Aber wir wissen zu wenig darüber, wie sie leben wollen. Diese Entscheidungen können und wollen wir ihnen auch gar nicht abnehmen. Aber wir können dafür arbeiten, dass die Menschen möglichst viel von ihren eigenen Plänen und Vorhaben in die Tat umsetzen können und möglichst wenig fremd bestimmt werden.

Individuelle und gesellschaftliche Ziele bedürfen dabei häufig der gleichen Antworten und Angebote durch die Politik. Gerade die Diskussion um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beweist, dass der Wandel gestaltbar und beeinflussbar ist. Rückgängige Geburtenraten sind kein Schicksal, sondern zum Teil ein Resultat der mangelnden Möglichkeiten, familiäre und berufliche Ziele und Wünsche unter einen Hut bringen zu können. Mehr Kinder zu bekommen können und wollen wir nicht verordnen. Familienplanung ist und bleibt Privatsache. Vielfach treffen jedoch junge Paare die Entscheidung gegen eigene Kinder gegen ihren eigenen Wunsch. Und wenn sie sich für ein Kind entscheiden, ist diese Entscheidung noch zu oft mit beruflichen Nachteilen verbunden - im Regelfall für die Frauen.

Unsere Anstrengungen im Bereich der Betreuung von unter 3-jährigen, in der Grundschule und den weiterführenden Schulen, sind daher nicht nur ein Förderangebot an die Kinder, sondern richtet sich auch als Angebot an die Eltern. So wollen wir ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung erleichtern. Diese Angebote machen wir dabei aber auch im wohlverstandenen Eigeninteresse unserer Gesellschaft. Wir können es uns schon jetzt nicht mehr leisten, auf viele gut ausgebildete Frauen im Erwerbsleben zu verzichten. Dies wird zukünftig noch viel weniger der Fall sein. Auch das verstehen wir darunter, dass kein Talent

unentdeckt und ungenutzt bleiben darf. Doch mit mehr Betreuungsmöglichkeiten alleine ist es nicht getan. Wir brauchen einen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft. Wir müssen zu einer kinderfreundlicheren Gesellschaft werden. Dies beginnt bei der Akzeptanz spielender Kinder in der Nachbarschaft und geht bis zur Bereitschaft der Unternehmen, stärker auf die familiären Belange ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Rücksicht zu nehmen.

Diese Entwicklung zu fördern ist das Eine, aber wir müssen auch stärker auf Entwicklungen eingehen, die längst vollzogen werden. Die Umgebung und familiären Beziehungen in denen Kinder heute aufwachsen, haben sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Anders als die Konservativen wollen wir nicht eine bestimmte Art zu leben für allgemein verbindlich erklären. Wir beklagen nicht die Vielfalt der Lebensentwürfe, wir sichern sie ab. Familie ist da, wo Kinder sind. Dies bedeutet für uns aber auch, dass wir die finanzielle Unterstützung von Familien nicht nur auf die Ehe beziehen können.

Auch im Arbeitsleben und in den Unternehmen wird sich noch mehr verändern müssen. Die so häufig geforderte Verlängerung der Wochenarbeitszeit läuft dabei in eine falsche Richtung. Wir müssen nicht mehr arbeiten, sondern flexibler. Flexibel arbeiten heißt für uns, dass sich Arbeitszeiten nicht ausschließlich an den Belangen der Unternehmen orientieren. Gerade Eltern brauchen mehr Handlungsspielraum, um berufliche und familiäre Interessen besser miteinander vereinbaren zu können. Familienfreundliche Arbeitszeiten sollten sich daher stärker an den Ergebnissen und weniger an der reinen Anwesenheit orientieren.

Generationengerecht ist, was Lebensleistung anerkennt

Wir betrachten die Älteren bei uns in NRW nicht als Menschen, die nach einem aktiven Erwerbsleben die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung nur passiv verfolgen, und um deren Pflege wir uns nur noch zu kümmern haben. Die gestiegene Lebenserwartung und bessere gesundheitliche Vorsorge haben dazu geführt, dass ältere Menschen immer länger fit, mobil und gesellschaftlich aktiv bleiben. Wir brauchen Ihre Erfahrungen im Erwerbsleben und in der Zeit danach.

Wir wenden uns gegen den paradoxen Zustand, dass die Gesellschaft insgesamt immer älter, aber die im Erwerbsleben Aktiven in den letzten Jahren immer jünger geworden sind. Auf die Erfahrungen der älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unternehmen können und wollen wir nicht verzichten. Es waren gerade die Älteren, die mit ihrem Wissen und ihrer Arbeit uns unseren Wohlstand erst ermöglicht haben. Unternehmen, die auf diese Erfahrungswerte weiter verzichten, werden über kurz oder lang ins Hintertreffen geraten. Wir wollen daher das gesetzliche Renteneintrittsalter nicht erhöhen, sondern dafür zu sorgen, dass mehr Menschen bis zum Erreichen des derzeitigen Eintrittsalters beruflich aktiv bleiben können.

Eine Gesellschaft des langen Lebens muss auch eine Gesellschaft des langen Lernens sein. Lebenslanges Lernen ist die eine Grundvoraussetzung dafür, auch mit zunehmendem Alter kompetent an gesellschaftlichen und beruflichen Entwicklungen aktiv teilhaben zu können. Gerade im Rahmen der lebenslangen Weiterbildung haben wir die Chance zu einem Austausch des Erfahrungswissens der Älteren und den neuen Impulsen der Jüngeren zu kommen. Die Bereitschaft der Unternehmen in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu investieren ist immer noch zu schwach ausgeprägt. Je mehr sie jedoch zu der Einsicht gelangen, dass die Zeiten der Frühverrentung vorbei sind desto mehr werden sie jedoch den Wert der kontinuierlichen Qualifizierung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erkennen. Auch deshalb, weil sie länger von dieser Investition profitieren werden. Das heißt aber auch, dass sie sich an der Finanzierung dieser Aufgaben stärker beteiligen müssen.

Wir brauchen die Erfahrungen und das Wissen der Älteren jedoch nicht nur im Berufsleben. Ihr ehrenamtliches Engagement ist für viele gesellschaftliche, soziale und sportliche Bereiche ein tragendes Element, das aus der Praxis der Vereine, Organisationen und Einrichtungen nicht wegzudenken ist. Vielfach übernehmen sie auch in der Familie Pflegeaufgaben oder die Betreuung von Kindern. Wir wollen die Älteren dabei unterstützen. Wir werden das Netz der Begegnungsstätten zu Beratungs- und Kompetenzzentren weiter entwickeln.

Wirtschaft und Gesellschaft werden sich zunehmend auf die Ansprüche und Konsumhaltung einer älteren Gesellschaft einstellen müssen. Wir werden daher die Landesinitiative Seniorenwirtschaft ausbauen, um mehr altersgerechte Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. Gerade in der Gesundheitswirtschaft bietet die alternde Gesellschaft enorme Chancen für Wachstum und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Hier zeigt sich: Die demographischen Veränderungen bieten auch direkt jungen Menschen Chancen auf qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze. Wir wollen daher die Gesundheitswirtschaft zu einem echten Jobmotor in NRW entwickeln. Das nützt den Älteren und den Jüngeren.

Eine solidarische Gesellschaft sichert eine hochwertige gesundheitliche Versorgung für alle, unabhängig vom Einkommen. Daher setzen wir uns aktiv für die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung ein. Die Bürgerversicherung ist eine unserer Antworten an diejenigen, die die demographischen Veränderungen als Argument dazu benutzen wollen, das solidarische Zusammenleben der Generationen aufzukündigen. Für uns ist unser Sozialstaat auch in einer älter werdenden Gesellschaft kein Relikt aus der Vergangenheit, er ist ein Zukunftsprojekt. Wir werden ihn solidarisch weiterentwickeln und demografiefest machen.

Generationengerechtes NRW

Wir in NRW waren schon immer Vorreiter und Vorbild für Entwicklungen, die sich dann in ganz Deutschland vollzogen haben. Gerade bei uns im Ruhrgebiet wird sich der demographische Wandel schneller vollziehen, als in anderen Regionen. Wir werden daher wieder einmal als erste Antworten auf die Fragen finden müssen, denen andere sich erst später stellen werden. Wir wollen das Musterland werden, wie diese Veränderungen sozial gerecht zu gestalten sind.

Dazu wollen wir unser Land noch stärker und leistungsfähiger machen. Für die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben müssen wir unseren Wohlstand steigern und dafür sorgen, dass alle an ihm gleichberechtigt teilhaben können. Das bedeutet für uns auch, dass wir die Lebensleistung unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger dadurch anerkennen, dass wir sie an Wohlstandmehrung gerecht beteiligen.

Damit unsere Kinder und Kindeskinde in den nächsten Jahrzehnten in Wohlstand und Sicherheit leben können, müssen wir schon heute in sie und ihre Zukunft investieren. Wir brauchen daher höhere Investitionen in unser Bildungssystem, unsere Infrastruktur und in unsere Forschung. Dieser Dreiklang schafft auch die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Der demographische Wandel wird unsere Gesellschaft verändern, aber wie, das entscheiden wir, indem wir die Gesellschaft heute gestalten und auf morgen vorbereiten. Wir wollen die vor uns liegenden Aufgaben mit der Leidenschaft junger Menschen anpacken und dabei die Vernunft und die Erfahrung der Älteren walten lassen.

Essen, 26.02.2005

Alexander Bercht
Landesvorsitzender NRW Jusos

Gerhard Kompe
Landesvorsitzender AG 60 plus